

# Politisches Engagement

*Martin Krob und Harald Schoen*

**Erschienen in:**

Peter Krause/Illona Ostner (Hrsg.): *Leben in Ost- und Westdeutschland*, Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2010, 543-555.

**Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.**

## 1. Die Debatte über die innere Einheit Deutschlands

Die deutsche Vereinigung war nicht nur ein präzedenzloses politisches Projekt, sondern eröffnete auch den Sozialwissenschaften die seltene Möglichkeit eines natürlichen Experiments (Offe 1992). Nach vierzig Jahren Teilung wurden West- und Ostdeutsche in einem Staat mit weitgehend aus der alten Bundesrepublik übernommenen Strukturen vereint. Als die staatliche Einigung vollzogen war, galt die öffentliche Aufmerksamkeit der Zielsetzung, die »innere Einheit« zu vollenden. Dazu gehört das Ziel, die neuen Bundesbürger in eine gesamtdeutsche demokratische politische Kultur zu integrieren. Es stellte sich damit die Frage, inwieweit die Ostdeutschen nach vierzig Jahren unter einer sozialistischen Diktatur das demokratische System der Bundesrepublik akzeptieren und unterstützen würden. Antworten hierauf besitzen nicht nur eine erhebliche politische Tragweite, sondern erlauben auch Schlussfolgerungen zu den sozialwissenschaftlich zentralen Fragen, wie Menschen auf institutionellen Wandel reagieren.

Vor diesem Hintergrund kann es kaum erstaunen, dass in der lebendigen Debatte über die Erfolgsaussichten der politischen Akkulturation verschiedene Erwartungen mit unterschiedlichen theoretischen Positionen zu Erwerb und Entwicklung politischer Orientierungen im Allgemeinen und des politischen Engagements im Speziellen korrespondieren. Holzschnittartig lassen sich zwei Grundpositionen unterscheiden (etwa Dalton 1994; Rohrschneider 1999; Finkel u.a. 2001; Gabriel 2005a, b). Eine pessimistische Sichtweise legt das Sozialisationsargument nahe, das Erfahrungen während der Adoleszenz betont, die in politischen Orientierungen gleichsam gespeichert werden und ein Leben lang erhalten bleiben. Mit einer raschen Annäherung von Ost- und Westdeutschen war demnach nicht zu rechnen, da in den meisten neuen Bundesbürgern das ideologische Erbe der DDR weiterwirkte. Die politisch-kulturelle Einheit könnte erst im Generationswechsel erreicht werden. Für

Vertreter einer optimistischeren Sichtweise bestimmen jeweils gegenwärtige Erfahrungen politische Einstellungen, und zwar nicht nur während der Adoleszenz, sondern das ganze Leben hindurch. Ähnliche gesellschaftliche und ökonomische Bedingungen und Erfahrungen vorausgesetzt, spricht dieses Modell für eine rasche Angleichung politischer Orientierungen im vereinten Deutschland.

## 2. Politisches Engagement im Ost-West Vergleich

Die Diskussion über die innere Einheit Deutschlands hat zahlreiche Untersuchungen hervorgebracht, die in der Summe ein differenziertes Bild von Ähnlichkeiten und Unterschieden in den politischen Orientierungsmustern Ost- und Westdeutscher<sup>1</sup> zeichnen (etwa van Deth 2004). Es herrscht weitgehend Konsens darüber, dass von einer generellen Angleichung der politischen Orientierung bislang nicht die Rede sein kann (Gabriel 2005a,b). Gleichwohl sind bemerkenswerte Ähnlichkeiten zu beobachten. Beispielsweise unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche kaum darin, wie wenig Wertschätzung und Vertrauen sie Politikern und Parteien generell entgegenbringen (Walter-Rogg 2005). Ebenso ähneln sie einander relativ stark in den Vorstellungen von der eigenen Rolle als Bürger sowie in der Häufigkeit bestimmter politischer Aktivitäten (Vetter/Maier 2005; Gabriel 2006; Steinbrecher 2009).

Unsere Analyse erweitert den Forschungsstand um Datenreihen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) für den gesamten Zeitraum seit der deutschen Wiedervereinigung. Vier Indikatoren politischen Engagements wurden in den vergangenen 20 Jahren regelmäßig erhoben: Das politische Interesse und die Bindung an Parteien im jährlichen Rhythmus, die aktive Mitarbeit in der Politik wenigstens alle zwei Jahre und die wahrgenommene Wichtigkeit von politischer Beteiligung etwas unregelmäßiger etwa alle zwei bis drei Jahre.<sup>2</sup> Im

---

1 Als Ost- bzw. Westdeutsche werden im Folgenden Personen nach deren Wohnort vor der deutschen Wiedervereinigung definiert. Es ist somit durchaus möglich, dass eine westdeutsche Untersuchungsperson in den neuen Bundesländern lebt und umgekehrt.

2 Die Formulierungen im Fragebogen lauten für das politische Interesse: »Einmal ganz allgemein gesprochen: Wie stark interessieren Sie sich für Politik?«; für Parteiidentifikationen: »Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?«; für die aktive politische Beteiligung: »Welche der folgenden Tätigkeiten üben Sie in Ihrer freien Zeit aus?« mit einem Item »Beteiligung in Bürgerinitiativen, in Parteien, in der Kommunalpolitik«; und für die wahrgenommene Bedeutung politischen Engagements: »Verschiedenen Menschen sind verschiedene Dinge wichtig. Sind für Sie persönlich die folgenden Dinge heute wichtig?« mit einem Item »Sich politisch, gesellschaftlich einsetzen«.

Durchschnitt der Untersuchungsjahre und -personen liegt der Anteil der Personen, die sich stark oder sehr stark für Politik interessieren, bei etwa einem Drittel; rund die Hälfte der Personen fühlen sich einer Partei verbunden, ungefähr ein Viertel hält politische Beteiligung für persönlich (sehr) wichtig, und etwa ein Zehntel bringt sich aktiv in die Politik ein.

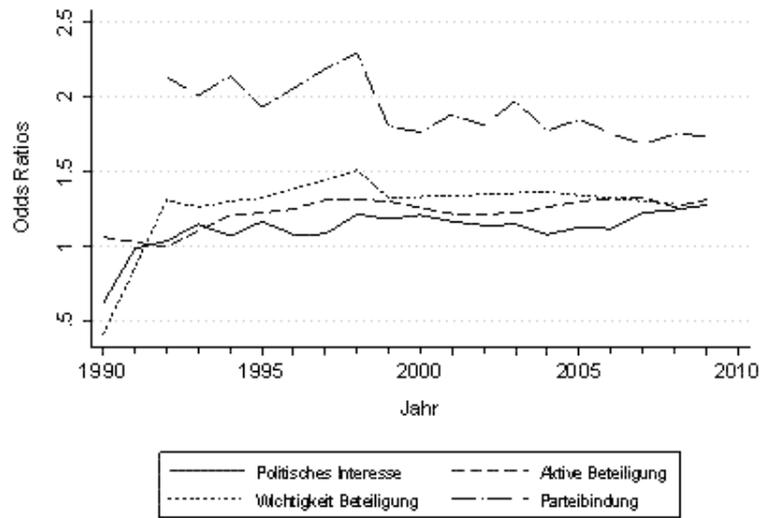
Für unsere Fragestellung wichtiger ist der innerdeutsche Vergleich. Dazu berichten wir in Abbildung 1 Ost-West-Unterschiede hinsichtlich des politischen Engagements in so genannten Chancenverhältnissen (*odds ratios*), die invariant gegenüber Unterschieden in den Zustimmungssanteilen sind.<sup>3</sup> Dieses Chancenverhältnis des politischen Interesses liegt im gesamten Untersuchungszeitraum sehr nahe bei 1, deutet also auf ähnliche Anteile an politisch stark interessierten Ost- und Westdeutschen hin. Während aufgrund der politischen Veränderungen in der DDR des Jahres 1990 das politische Interesse der Ostdeutsche noch deutlich über dem westdeutschen Niveau lag (38 der West- und 50 Prozent der Ostdeutschen waren (sehr) stark an Politik interessiert), hat sich das Verhältnis schnell zu Ungunsten der Ostdeutschen umgekehrt.

Eine vergleichbare Entwicklung auf ähnlich niedrigem Niveau hinsichtlich der Ost-Westdifferenzen zeichnet sich für die wahrgenommene Wichtigkeit von politischer Beteiligung ab und die tatsächliche Beteiligung: Das Jahr 1990 stellt eine Phase der besonderen Mobilisierung der Ostdeutschen dar, in den folgenden Jahren liegt das westdeutsche Niveau des politischen Engagements (wahrgenommene Bedeutung und tatsächliches Engagement) jedoch etwas über dem der Ostdeutschen (derzeit besteht ein Chancenverhältnis von je etwa 1.30). Diese Befunde auf Basis von Daten des SOEP bestätigen weitgehend Ergebnisse früherer Analysen: Unterschiede hinsichtlich politischem Interesse und der wahrgenommenen Bedeutung und der tatsächlichen politischen Beteiligung fallen eher gering aus (Vetter/Maier 2005; Gabriel 2006, Steinbrecher 2009). Insofern entsprechen die Vorstellungen in Ost und West zur eigenen Rolle in Demokratien im Wesentlichen einander, und lediglich der leichte Anstieg von Unterschieden würde Anlass für eine kritische Diskussion des Standes der inneren Einheit geben.

---

<sup>3</sup> Ein Chancenverhältnis zwischen West- und Ostdeutschen hinsichtlich des politischen Interesses im Jahr 2009 von 1.25 drückt beispielsweise aus, dass die westdeutsche Relation aus starkem und sehr starkem Interesse (37 Prozent) zu weniger starkem und keinem Interesse (63 Prozent), also  $0.37/0.63=0.59$ , 25 Prozent »günstiger« ist als die entsprechende ostdeutsche Relation aus starkem und sehr starkem Interesse (32 Prozent) zu weniger starkem und keinem Interesse (68 Prozent), also  $0.32/0.68=0.47$ .

Abbildung 1: Entwicklung der Chancenverhältnisse Ost und West.



Quelle: SOEP.

Wesentlich größer sind die Ost-West-Unterschiede hinsichtlich der Verbreitung langfristiger Parteibindungen. Das Chancenverhältnis, eine Parteibindung zu besitzen, war in den 1990er Jahren für Westdeutsche mehr als doppelt so hoch wie für Ostdeutsche. Dieser Unterschied hat sich langsam auf das 1.75 fache im Jahr 2009 reduziert. Dieser Angleichungsprozess ist jedoch eher auf den Rückgang der Häufigkeit von Parteibindung unter Westdeutschen als auf die zunehmende parteipolitische Identifikation der Ostdeutschen zurückzuführen (z.B. Dalton 2000). Während 1992 55 Prozent der Westdeutschen und 36 Prozent der Ostdeutschen eine Parteibindung nannten, waren es im Jahr 2009 nur noch 46 beziehungsweise 33 Prozent.

Die nach wie vor größere Distanz ostdeutscher SOEP-Befragter zu den Parteien entspricht Befunden früherer Studien. Dieser innerdeutsche Unterschied erscheint umso bedeutsamer, als langfristige Parteibindungen politische Wahrnehmungen und Bewertungen wie auch politisches Verhalten erheblich beeinflussen (etwa Campbell u.a. 1960) und letztlich die Integration in das politische System erleichtern können (Gabriel 2005a, b). Zugleich erscheint die relative Zurückhaltung der Ostdeutschen bei der Entwicklung von Parteiloyalitäten zumindest in der Phase nach der Vereinigung plausibel. Denn die ostdeutschen Bundesbürger wurden, sieht man einmal von der PDS ab, mit für sie neuen Parteien vorwiegend westdeutschen Ursprungs und unter westdeutscher Führung konfrontiert. Somit müssen fehlende Parteibindungen nicht unbedingt

Ausdruck einer Ablehnung des Parteiensystems sein, sondern sind aus Sicht der bisherigen Forschung zur Entwicklung von Parteibindungen sogar erwartbar.

### 3. Die Entstehung von Parteibindungen in Ostdeutschland

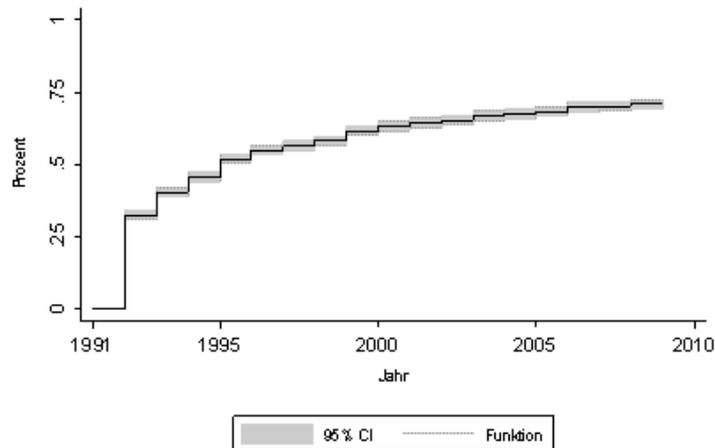
Vertreter der klassischen Theorie der Parteiidentifikation gehen davon aus, dass solche affektiven Bindungen während einer formativen Phase der Jugend insbesondere im Elternhaus vermittelt werden und im Lebenslauf weitgehend stabil bleiben (Campbell u.a. 1960; Kroh/Selb 2008, 2009). Systemtransformationen kollidieren insofern mit einer solchen Vorstellung von der Entstehung langfristiger Parteiidentifikationen, als ein Großteil der erwachsenen Bevölkerung eine affektive Bindung an neue, nach dem Systemwechsel aktive Parteien im Elternhaus nicht erlernen konnte (Converse 1969). So wurden den Bürgern der jungen Weimarer Republik fehlende Bindungen an Parteien unterstellt (Shively 1972), und auch in der frühen Bundesrepublik gab es eine intensive Diskussion zur Frage, ob die Brüche im deutschen Parteiensystem eine Entwicklung von langfristigen Bindungen durch intergenerationale Transmission zuließen (z.B. Gluchowski 1983).

Diese Debatte fand nach 1990 ihre Neuauflage, nun bezogen auf die neuen Bundesländer. Manche Autoren argumentierten, man könne allenfalls Pseudo-Parteibindungen in den neuen Bundesländern messen (Gabriel 2002). Unter Hinweis auf mediale und persönliche Westkontakte wurde dem entgegengehalten, dass Ostdeutsche unter dem DDR-Regime bereits »Quasi-Parteibindungen« entwickelt hätten, aus denen nach dem Mauerfall rasch echte Parteibindungen geworden seien (etwa Bluck/Kreikenbom 1991). Ob in der DDR bereits Quasi-Parteibindungen existierten, lässt sich im Nachhinein nicht mehr klären. Nachgewiesen werden konnte hingegen, dass sich in den neuen Ländern nach der Vereinigung echte Parteibindungen entwickelten, wenngleich deren Messung dort mit relativ großen Problemen behaftet ist (Rattinger 1994; Falter u.a. 2000; Arzheimer/Schoen 2005). Dieser Befund steht in Einklang mit der Überlegung, dass langfristig stabile Parteipräferenzen auch im Erwachsenenalter entstehen können (Franklin 1984) und die wiederholte Erfahrung instrumentell motivierter Wahlentscheidungen durchaus in affektiven Bindungen an Parteien münden kann (Marcus u.a. 2000).

Abbildung 2 gibt die Dauer seit 1991 in einem kontinuierlichen Ereignisanalysemodell wieder, bis ostdeutsche Befragte des SOEP zum ersten Mal eine

Parteibindung nennen.<sup>4</sup> Etwa 30 Prozent der Ostdeutschen nennen bereits im ersten Jahr der Analyse, also 1992, eine Parteibindung und in den folgenden drei Jahren steigt der Anteil auf über 50 Prozent. Etwa 20 Jahre nach der Wiedervereinigung haben immerhin fast drei Viertel aller untersuchten Personen wenigstens einmal eine langfristige Parteibindung berichtet. Ostdeutsche scheinen somit allmählich Parteibindungen erworben zu haben. Dieser Prozess hat Mitte der neunziger Jahre an Dynamik verloren, ohne jedoch vollends zum Erliegen gekommen zu sein. Darin unterscheiden sich Parteibindungen merklich von anderen politischen Orientierungen, etwa dem politischen Interesse, das bei Ostdeutschen zwar unmittelbar nach der Wiedervereinigung geweckt wurde, später jedoch kaum mehr.<sup>5</sup> Ostdeutsche stehen dem Parteiensystem nicht dauerhaft distanziert gegenüber, sondern näherten und nähern sich ihm langsam an.

Abbildung 2: Dauer bis zur ersten Parteibindung.



Quelle: Sozio-Ökonomisches Panel 2010.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Merkmale diesen Prozess beschleunigen oder verlangsamen. Die Integration in das politische System der Bundesrepublik ist ein zweiseitiger Prozess und hängt sowohl von Merkmalen der Ostdeutschen ab als auch von der Integrationsbereitschaft westdeutscher

4 Die PDS/Die Linke ist in der Darstellung nicht berücksichtigt, da entsprechende Parteibindungen bereits vor der Vereinigung bestanden haben könnten. Ihre Berücksichtigung veränderte die Ergebnisse unwesentlich.

5 Die so genannte Hazard-Rate nimmt bei Parteibindungen deutlich langsamer ab beim politischen Interesse, die in letzterem Fall bereits 1992 nahe Null ist. Aus Platzgründen haben wir auf die Darstellung der Befunde verzichtet.

Parteien und der westdeutschen Öffentlichkeit. Außerdem kann eine Ablehnung westdeutscher Parteien mit den wirtschaftlichen Bedingungen und der als ungerecht empfundenen Gesellschaft zusammenhängen. Im Folgenden wird jedoch nur im Rahmen des ersten Erklärungsbündels betrachtet, inwieweit bestimmte Gruppen der DDR-Bevölkerung besonders viel Zeit zur Teilnahme im gesamtdeutschen politischen System gebraucht haben. Insbesondere gehen wir empirisch der These nach, in der geringen Bindung an das gesamtdeutsche Parteiensystem schlugen sich Bindungen an die untergegangene DDR und deren legitimierende Ideologie, pointiert formuliert: DDR-Nostalgie (Neller 2006), nieder (Rohrschneider 1999; Gabriel 2005a, 2007).

Aufschluss darüber soll uns ein diskretes Ereignisanalysemodell der Dauer bis zur Nennung einer Parteibindung seit dem Jahr 1991 geben, dessen Ergebnisse in Tabelle 1 dargestellt sind. Dabei unterscheiden wir drei »Events«: die Nennung einer Bindung an SPD oder Bündnis 90/Die Grünen, eine Bindung an Union oder FDP sowie eine Bindung an PDS/Die Linke. Die Zusammenfassung der Parteien ist auf teilweise geringe Fallzahlen der kleinen Parteien zurückzuführen, die Betrachtung der konkurrierenden Risiken auf die zu erwartende Heterogenität der Erklärungsfaktoren der Bindung an die unterschiedlichen Parteien(-blöcke). Betrachtet werden lediglich ostdeutsche Befragte, die seit 1990 beobachtet wurden. Als Erklärungsgrößen berücksichtigen wir Merkmale, die im Jahr 1990 gemessen wurden. Neben demographischen Merkmalen wie Alter und Geschlecht enthalten die Modelle das politische Interesse im Jahr 1990. Nicht dargestellt werden aus Platzgründen die Koeffizienten der Jahres-Variablen.

DDR-Nostalgie, oder genauer: einen positiven Bezug zur DDR, operationalisieren wir durch die 1990 berichtete Zufriedenheit mit dem sozialen und politischen System der DDR, Konfession(-slosigkeit) und dem Vorhandensein eines Telefons als Proxy für die Zugehörigkeit zur so genannten sozialistischen Dienstklasse.<sup>6</sup> Eine »Westnähe« von DDR-Bürgern operationalisieren wir hingegen über die Frage, ob man 1990 Freunde oder Verwandte im Westen Deutschlands hatte und ob die Person nach 1990 in die alten Bundesländer umgezogen ist.

---

6 Diewald und Solga (1995: 292) zeigen, dass zwischen Telefonbesitz und Klassenlage in der DDR ein starker Zusammenhang bestand. Während die sozialistischen Leitungskader zu 68 Prozent im Besitz eines Telefons waren, lag der Anteil bei Arbeitern bei 26 Prozent. Die Autoren weisen jedoch auch darauf hin, dass die Nutzung von Telefonbesitz als Proxy für die sozialistische Dienstklasse mit deutlichen Messfehlern behaftet ist.

Table 1: Competing Risk Model der Dauer bis zur Nennung der ersten Parteibindung unter Ostdeutschen, 1992–2009

	SPD/Bündnis 90/ Die Grünen		CDU/FDP		PDS/Linke	
			(Referenz: keine Parteibindung)			
Konstante	-1.11**	(0.22)	-1.43**	(0.23)	-3.17**	(0.47)
Alter im Jahr 1990 (Referenz: bis 25)						
26-35	0.01	(0.12)	0.35**	(0.12)	-0.25	(0.21)
36-50	0.18	(0.11)	0.61**	(0.12)	-0.05	(0.20)
51-64	0.32**	(0.12)	0.54**	(0.13)	0.17	(0.21)
65+	0.57**	(0.15)	0.40*	(0.16)	1.10**	(0.25)
Frauen	-0.13	(0.07)	-0.29**	(0.07)	0.07**	(0.12)
Politisches Interesse im Jahr 1990	0.67**	(0.07)	0.31**	(0.07)	0.85**	(0.13)
Konfession (Referenz: Konfessionslos)						
Protestanten	-0.14	(0.08)	0.71**	(0.08)	-1.09**	(0.20)
Katholiken/Sonstige	-0.00	(0.16)	1.15**	(0.13)	-0.91*	(0.42)
Telefonbesitz in DDR	0.22**	(0.08)	-0.05	(0.08)	0.59**	(0.13)
Zufriedenheit mit DDR	-0.03	(0.34)	-0.24**	(0.04)	0.47**	(0.06)
Freunde/Verwandte im Westen	0.33**	(0.09)	0.22*	(0.10)	-0.07	(0.14)
Umzug in Westen	0.40*	(0.20)	0.67**	(0.19)	-0.36	(0.42)
Personen			3461			
Beobachtungen			16675			
Pseudo R <sup>2</sup>			0.14			

Quelle: SOEP. Standardfehler in Klammern. Jahres-Effekte aus Platzgründen nicht dargestellt. Signifikanzniveaus: \*\*  $p < 0.01$  \*  $p < 0.05$ .

Eine Bindung an SPD oder B90/Die Grünen erwarben relativ früh nach der Vereinigung Ostdeutsche, die 1990 relativ alt waren (über 50 Jahre) und ebenso Personen, die 1990 Westkontakte hatten oder später in die alten Bundesländer umzogen. Wider Erwarten beschleunigt auch der Besitz eines Telefons, das überproportional bei der so genannten sozialistischen Dienstklasse verfügbar war, den Erwerb einer Bindung an Rot/Grün nach der Wiedervereinigung. Dagegen bleibt die Bewertung der DDR, ebenfalls entgegen den Erwartungen, ohne Einfluss auf die Bindung an die (perzipierten) »Westparteien« SPD und B90/Die Grünen.

Eine schnelle Bindung an CDU und FDP ist bei vergleichsweise jungen Personen (36+ Jahre), Männern und bei konfessionell gebundenen Befragten zu beobachten, ebenso bei Ostdeutschen, die Demokratie und soziale Lage in der DDR kritisch beurteilen, die Westkontakte haben, und bei solchen, die nach 1990 in die alten Bundesländer umgezogen sind. In diesem Fall wird die Erwartung bestätigt, dass eine gewisse »DDR-Nostalgie« negativ auf die Bindung an die bürgerlichen Parteien gewirkt hat beziehungsweise die Ablehnung der DDR eine schnelle Integration in das bürgerliche Lager gefördert hat.

Schließlich sind Personen, die sich frühzeitig der PDS/Linken verbunden fühlen, durch ein sehr hohes Alter gekennzeichnet (65+ Jahre), konfessionslos, im Besitz eines Telefons und mit der Lage in der DDR zufrieden. Westkontakte und der Umzug in den Westen spielen bei Bindungen an die PDS/Linke interessanterweise keine Rolle. Die Ergebnisse deuten insofern darauf hin, dass eine DDR-Nostalgie nicht die Integration in das Parteiensystem verlangsamt hat. Auch vermeintliche »DDR-Nostalgiker« haben recht schnell nach der Systemtransformation mit der PDS/Linken eine politische Heimat gefunden. Der oftmals gescholtenen und teilweise hart bekämpften PDS/Linken kommt in dieser Betrachtung die oftmals übersehene, positive Rolle im gesamtdeutschen Parteiensystem zu, die politische Integration von Personen beschleunigt zu haben, die der Wiedervereinigung kritisch gegenüber standen.

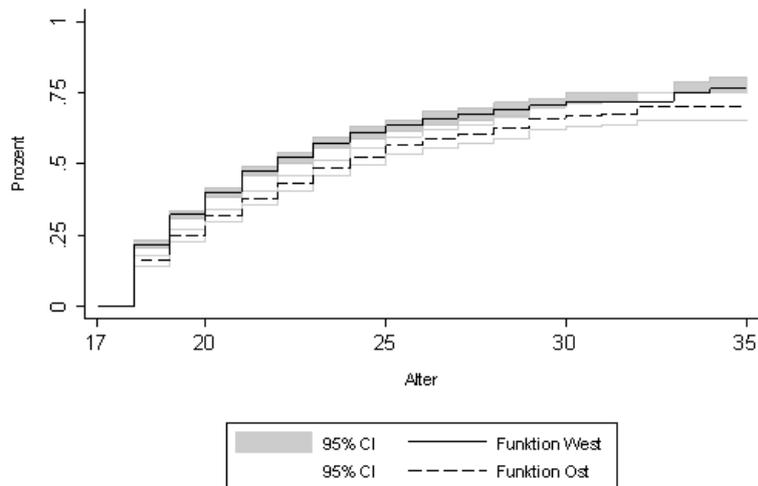
#### 4. Entstehung von Parteibindungen in der Generation Wiedervereinigung

Auch wenn man zu dem Schluss kommt, dass DDR-Bürger mit einer positiven Beurteilung der DDR nicht dauerhaft dem gesamtdeutschen Parteien gegenüberstehen, bleibt der Befund, dass Ostdeutsche derzeit seltener Parteibindungen aufweisen als Westdeutsche, was vermutlich auf die fehlende Übertragung solcher Bindungen im Jugendalter zurückzuführen ist. 20 Jahre nach der Wiedervereinigung ist jedoch eine Generation in Ost- und Westdeutschland herange-

wachsen, die ihre Jugend entweder teilweise oder ganz im wiedervereinigten Deutschland verlebt hat. Um die Dauerhaftigkeit von innerdeutschen Unterschieden hinsichtlich der Anteile partei(un)gebundenen Personen abzuschätzen, betrachten wir im Folgenden die Entwicklung von Parteibindungen in dieser »Generation Wiedervereinigung«.

Verglichen werden in Abbildung 4 Personen aus Ost- und Westdeutschland, die zur Wiedervereinigung minderjährig waren (dies betrifft die Jahrgänge ab 1973). Beschrieben wird die Dauer in Jahren bis zur ersten Nennung einer Parteibindung, wobei die Prozesszeit im Gegensatz zu früheren Analysen nicht das Erhebungsjahr ist, sondern das Alter in Jahren. Betrachtet werden nur Personen, die ab dem 18. Lebensjahr beobachtet wurden. Zwar liegt die Verweildauer in der »Parteilosigkeit« in den neuen Bundesländern etwas über der in den alten Bundesländern, dieser Unterschied ist jedoch nicht statistisch signifikant von Null verschieden. Bis zum 35. Lebensjahr haben etwa drei Viertel aller untersuchten Personen wenigstens einmal eine Parteibindung im SOEP berichtet. Folglich scheint sich eine gewisse distanzierte Haltung ostdeutscher Bürger nicht auf die »Generation Wiedervereinigung« zu übertragen.

Abbildung 3: Dauer bis zur ersten Parteibindung



Quelle: SOEP.

## 5. Diskussion

In mancherlei Hinsicht unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung noch deutlich. Ostdeutsche besitzen linkeres, stärker auf Egalität abzielende Wert- und Gerechtigkeitsvorstellungen, die wiederum mit größeren Ansprüchen an die Leistungen des Staates und Forderungen nach mehr staatlicher Intervention zum Zwecke der Daseinsvorsorge und Umverteilung korrespondieren (z.B. Wegener/Liebig 2000; Svallfors 2010). Diese Unterschiede, die als ein Erbe der Systemunterschiede während der Zeit der Teilung gelten können, gehen einher mit unterschiedlich nuancierten Demokratieverständnissen (Fuchs 1997). Auch mit diesen unterschiedlichen normativen Maßstäben hängen die gravierenden Unterschiede in der Bewertung der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik und ihrer zentralen Institutionen zusammen. Ostdeutsche erweisen sich auch in der zweiten Dekade nach der Vereinigung als deutlich weniger zufrieden mit der demokratischen Praxis in der Bundesrepublik und haben weniger Vertrauen zu zentralen rechtsstaatlichen – und mit Abstrichen parteistaatlichen – Institutionen gefasst als ihre westdeutschen Landsleute (Gabriel 2005b, 2007; Walter-Rogg 2005).

Auch wenn Ost- und Westdeutsche unterschiedliche Erwartungen an das politische System haben und daraus abgeleitet auch dessen Leistungen unterschiedlich beurteilen, haben sie doch sehr ähnliche Vorstellungen von ihrer eigenen Rolle im politischen System. Im Gegensatz dazu sind Parteibindungen unter Ostdeutschen nach wie vor deutlich weniger verbreitet als unter Westdeutschen. Allerdings deuten die Daten des SOEP darauf hin, dass sich diese erwartbaren Unterschiede langsam verringern und in der Generation Wiedervereinigung, also bei den Personen, die ihre Jugend teilweise oder ganz in der wiedervereinigten Bundesrepublik verlebt haben, gänzlich auflösen. Auf eine kritische Beurteilung der Systemtransformation mancher DDR-Bürger haben diese also nicht mit *Exit* reagiert, sondern mit der demokratietheoretisch wünschenswerten *Voice*-Option.

## Literatur

- Arzheimer, Kai/Schoen, Harald (2005), »Erste Schritte auf kaum erschlossenem Terrain. Zur Stabilität der Parteidentifikation in Deutschland«, *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 46, S. 629–654.
- Bluck, Carsten/Kreikenbom, Henry (1991), »Die Wähler in der DDR. Nur issueorientiert oder auch parteigebunden?«, *Zeitschrift für Parlamentsfragen* Jg. 22, S. 495–502.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E. (1960), *The American Voter*, New York.

- Converse, Philip E. (1969), »Of Time and Partisan Stability«, *Comparative Political Studies*, Jg. 2, S. 139–171.
- Dalton, J. Russell (2000), »The Decline of Party Identifications«, in: Dalton, J. Russell und Wattenberg, Martin P. (Hg.), *Parties Without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies*. Oxford, S. 19–36.
- (1994), »Communists and Democrats. Attitudes toward Democracy in the Two Germanies«, *British Journal of Political Science*, Jg. 24, S. 469–493.
- Deth, Jan W. van (2004), »Deutschland in Europa. Eine Republik zweier Kulturen?«, in: Deth, Jan W. van (Hg.), *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002-2003*. Wiesbaden, S. 9–24.
- Diewald, Martin/Solga, Heike (1995), »Soziale Ungleichheiten in der DDR: Die feinen, aber deutlichen Unterschiede am Vorabend der Wende«, in: Huinink, Johannes/Diewald, Martin/Solga, Heike/Soerensen, Annemette/Trappe, Heike (Hg.), *Kollektiv und Eigensinn: Lebensverläufe in der DDR und danach*. Berlin, S. 261–306.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald/Caballero, Claudio (2000), »Dreißig Jahre danach. Zur Validierung des Konzepts »Parteiidentifikation« in der Bundesrepublik«, in: Markus Klein/Wolfgang Jagodzinski/Ekkehard Mochmann /Dieter Ohr (Hg.), *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland*, Wiesbaden, S. 235–271.
- Finkel, Steven E./Humphries, Stan/Opp, Karl-Dieter (2001), »Socialist Values and the Development of Democratic Support in the Former East Germany«, *International Political Science Review*, Jg. 22, S. 339–362.
- Franklin, Charles H. (1984), »Issue preferences, socialization, and the evolution of party identification«, *American Journal of Political Science*, Jg. 28, S. 459–478.
- Fuchs, Dieter (1997), »Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland«, in: Gabriel, Oscar W. (Hg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen, S. 81–114.
- Gabriel, Oscar W. (2007), »Bürger und Demokratie im vereinigten Deutschland«, *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 48, S. 540–552.
- (2006), »Das Ende der Zuschauerdemokratie?«, in: Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger/Harald Schoen (Hg.), *Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich*, München, S. 107–127.
- (2005a), »Wächst zusammen, was zusammen gehört?«, in: Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter/Hans Rattinger (Hg.), *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland*, Baden-Baden, S. 385–423.
- (2005b), »Politische Einstellungen und politische Kultur«, in: Oscar W. Gabriel/Everhard Holtmann (Hg.), *Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*, München, S. 459–522.
- (2002), »Parteiidentifikation, Kandidaten und politische Sachfragen als Bestimmungsfaktoren des Parteienwettbewerbs«, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, Wiesbaden, S. 228–249.
- Gluchowski, Peter (1983), »Wahlerfahrung und Parteiidentifikation. Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik«, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hg.), *Wahlen und politisches System. Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 1980*. Opladen, S. 442–477.
- Kroh, Martin/Selb Peter (2009), »Inheritance and the Dynamics of Party Identification«, *Political Behavior*, Jg. 31, S. 559–574.

- (2008), »The Origins of Durable Partisanship«, in: John Bartle/Paolo Bellucci (Hg.), *Party Identification, Social Identity and Political Experience: Partisanship*. Routledge.
- Marcus, George E./Neuman, W. Russell/McKuen, Michael (2000), *Affective Intelligence and Political Judgment*. Chicago/London.
- Neller, Katja, (2006). *DDR-Nostalgie. Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen*, Wiesbaden.
- Offe, Claus (1992), »German Reunification as a »Natural Experiment««, *German Politics*, Jg. 1, S. 1–12.
- Rattinger, Hans (1994), »Parteieneigungen, Sachfragen- und Kandidatenorientierungen in Ost- und Westdeutschland 1990-1992«, in: Hans Rattinger/ Oscar W. Gabriel/Wolfgang Jagodzinski (Hg.), *Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland*, Frankfurt, S. 267–315.
- Rohrschneider, Robert (1999), *Learning Democracy. Democratic and Economic Values in Unified Germany*, Oxford.
- Shively, W. Phillips (1972), »Party Identification, Party Choice, and Voting Stability: The Weimar Case.«, *American Political Science Review*, Jg. 66, S. 1203–1225.
- Steinbrecher, Markus (2009), *Politische Partizipation in Deutschland*, Baden-Baden.
- Svallfors, Stefan (2010), »Policy Feedback, Generational Replacement, and Attitudes to State Intervention: Eastern and Western Germany, 1990-2006«, *European Political Science Review*, Jg. 2, S. 119–135.
- Vetter, Angelika/Maier, Jürgen (2005), »Mittendrin statt nur dabei? Politisches Wissen, politisches Interesse und politisches Kompetenzgefühl in Deutschland, 1994-2002«, in: Oscar W. Gabriel/Jürgen W Falter/Hans Rattinger (Hg.), *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland*, Baden-Baden, S. 51–90.
- Walter-Rogg, Melanie (2005), »Politisches Vertrauen ist gut – Misstrauen ist besser? Ausmaß und Ausstrahlungseffekte des Politiker- und Institutionenvertrauens im vereinigten Deutschland«, in: Oscar W. Gabriel/Jürgen W Falter./Hans Rattinger, (Hg.), *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland*, Baden-Baden, S. 129–186.
- Wegener, Bernd/Liebig, Stefan (2000), »Is the »Inner Walk Here to Stay? Justice Ideologies in Unified Germany«, *Social Justice Research*, Jg. 13, S. 177–197.